

## NDB-Artikel

**Hirtsiefer**, *Heinrich* Gewerkschaftler, Politiker, preußischer Minister, \* 26.4.1876 Essen, † 15.5.1941 Berlin. (katholisch)

### Genealogie

V Heinr. Joseph, Fabrikarbeiter;

M Cath. Elisabeth Overhaus;

• Clementine von der Lippe;

3 S, 1 T.

### Leben

H. erlernte 1891-95 das Schlosserhandwerk und war bis 1904 bei der Firma Krupp tätig. Früh schloß er sich den christlichen Gewerkschaften an. 1904 wurde er Bezirksleiter, 1920 Verbandssekretär im Christlichsozialen Metallarbeiterverband. In diesen Stellungen bekämpfte er vor allem die Bemühungen der Unternehmer, durch werkseigene Pensionskassen die Arbeiter eng an ihre Betriebe zu binden und damit von der Wahrnehmung der eigenen Interessen abzuhalten. In dieser Frage kam es zu einer mehrjährigen gerichtlichen Auseinandersetzung mit der Firma Krupp, deren Pensionskasse ausscheidenden Arbeitern ihre Einlagen nicht erstattete. Zwar wurde das Verfahren der Firma 1911 vom Reichsgericht als rechtlich zulässig anerkannt, doch zwang die öffentliche Kritik sie 1912, die Statuten ihrer Pensionskasse zu ändern. Auch in der Zentrumspartei, der er früh beitrug, verfocht H. die Arbeiterinteressen. Bei der Diskussion eines endgültigen Parteiprogramms forderte er 1921 zusammen mit dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes Wieber eine Ergänzung der Leitsätze von 1918 durch wirtschaftliche Richtlinien, in denen eine Mitbestimmung der Arbeiter festgelegt werden sollte. Doch trat er trotz aller innerparteilichen Kämpfe zwischen dem gewerkschaftlichen und dem bürgerlich-konservativen Flügel stets für den Zusammenhalt der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit der Partei ein. 1928 wurde er in den Vorstand des Reichsverbandes des Zentrums gewählt und wurde einer der 6 stellvertretenden Partei Vorsitzenden.

Früh betätigte sich H. in der kommunalen und provinziellen Selbstverwaltung. 1906 wurde er in Essen zum Stadtverordneten gewählt und 1910 zum Mitglied des Ausschusses und später des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz sowie des ständigen Ausschusses der Landesversicherungsanstalten bestimmt. 1920-22 war er Mitglied des Verbandsrates des Ruhrsiedlungsverbandes, seit 1924 Mitglied des Rheinischen Provinzialausschusses. – 1919 gelangte H. als Abgeordneter des Wahlkreises

Düsseldarf-West in die preußische Landesversammlung, 1921 in den Landtag. Im November 1921 nominierte ihn seine Partei zum Nachfolger A. Stegerwaid für das Amt des preußischen Wohlfahrtsministers im Koalitionskabinett Otto Braun. Außerdem nahm H. bis November 1931 zusammen mit G. Treviranus das Osthilfekommissariat wahr. Mit Innenminister Severing begründete er im Herbst 1930 die „Berliner Winterhilfe“, ein Hilfswerk für die Familien Arbeitsloser. Durch eigene Veröffentlichungen trat er vor allem auf dem Gebiete des Siedlungs- und Wohnungswesens hervor.

Nach den Reichstagswahlen im September 1930 setzte sich H. für eine engere Zusammenarbeit des Zentrums mit der Sozialdemokratie ein. Otto Braun sollte unter Beibehaltung des preußischen Ministerpräsidiums als Vizepräsident in das Kabinett Brüning eintreten. Im Frühherbst 1931 wurde dieser Plan wieder aufgenommen, scheiterte aber an der Intervention der Reichswehr. Doch wurde eine festere Verbindung zwischen den beiden großen Parteien der preußischen Regierungskoalition dadurch dokumentiert, daß H. im Oktober 1931 zum ständigen Vertreter Brauns ernannt wurde. Als dieser sich nach den preußischen Maiwahlen 1932 resignierend zurückzog, übernahm H. die Geschäftsführung des Kabinetts. Nach dem Sturze Brünings stand er, wie auch die anderen christlichen Gewerkschaftsführer, in scharfem Gegensatz zur Reichsregierung Papen. Neben Innenminister Severing und Finanzminister Klepper vertrat er am 20.7.1932 die preußischen Interessen, als durch den Staatsstreich Papens zunächst Braun und Severing, später auch die restlichen Minister ihrer Ämter enthoben wurden und ein Reichskommissar für Preußen bestellt wurde. H. protestierte energisch gegen das Vorgehen der Reichsregierung und wirkte bei dem Beschluß der preußischen Minister mit, den Staatsgerichtshof anzurufen. Ende Oktober 1932 wurde das Wohlfahrtsministerium vom Reichskommissar Bracht aufgehoben. Doch legte H., wie die anderen preußischen Staatsminister, sein Amt erst nieder, nachdem sich am 22.3.1933 der neugewählte preußische Landtag mit der Geschäftsführung durch den Reichskommissar einverstanden erklärt hatte. Am 11.9.1933 wurde H. in Essen-Altendorf in „Schutzhaft“ genommen und unter entehrenden Umständen ins Konzentrationslager Kemna bei Wuppertal gebracht, dann ins Lager Börgermoor bei Papenburg überführt. Auf Betreiben seiner Söhne später nach Berlin entlassen, starb er 1941 geächtet und gebrochen. |

### **Auszeichnungen**

Dr. med. h. c. (Bonn 1927), Dr.-Ing. E. h. (Breslau 1930), Dr. jur h. c. (Graz 1931).

### **Werke**

Die Kruppsche Werkpensionskasse vor Gericht, 1908;

Die Verbandsordnung f. d. Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, 1920;

Die staatl. Wohlfahrtspflege in Preußen 1919–23, 1924;

Der Geburtenrückgang in Dtl. u. s. Bekämpfung, 1928;

Die Wohnungswirtsch. in Preußen, 1929. -

*Hrsg.:* Jugendpflege in Preußen, 1930.

### **Literatur**

Rhdb.;

Hdb. f. d. preuß. Landtag, 4. Wahlperiode, 1932, S. 444 (*P S.* 638);

Ruhrnachrr. v. 4.4.1964 (*P*).

### **Autor**

Friedrich Zunkel

### **Empfohlene Zitierweise**

, „Hirtsiefer, Heinrich“, in: Neue Deutsche Biographie 9 (1972), S. 241-242  
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/>



---

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

---